

Beamte, Angestellte und die Demokratische Vereinigung

Von Dr. Rud. Breitscheid



LANDES-
UND STADT-
BIBLIOTHEK
DÜSSELDORF

Druck u. Verlag der Demokratischen Verlagsanstalt
H. H. Witt, Berlin-Wannsee.

ADG 784(2):165

136570201

.....
Durch das
Zentralbureau der Demokratischen Vereinigung, Schöneberg,
Kolonnenstraße 54

sind folgende Broschüren zu beziehen:

Der erste Parteitag der Demokratischen Vereinigung zu
Berlin am 12. April 1909. — Preis 50 Pfg. (für Mitglieder
30 Pfg.)

Der zweite Parteitag der Demokratischen Vereinigung zu
Köln 15—17 Mai 1910. — Preis 80 Pfg. (für Mitglieder
60 Pfg.)

Anaestellte und Demokratie von Aufhäuser u. Lüdemann.
Preis 10 Pfg.

Das schwarze Buch der Reaktion. Preis 15 Pfg.

Der schuldige Zar von Burzew, übersetzt von Dr. Rudolf
Breitscheid. Preis 10 Pfg.

Geschichte des preußischen Wahlrechts von H. v. Gerlach.
Persönliches Regiment und konstitutionelle Garantien
von Dr. Rudolf Breitscheid. — Preis 10 Pfg.

Die Aufgaben der Demokratischen Vereinigung von
Dr. Theodor Barth u. Dr. Rud. Breitscheid. — Preis 10 Pfg.

Der Freisinn im Block von Dr. Theodor Barth. Ein Kapitel
aus der Entwicklungsgeschichte des Liberalismus. — Preis
20 Pfg.

Liberalismus und Sozialdemokratie von Dr. Th. Barth.
Preis 20 Pfg.

Theodor Barth. Gedenkrede von Dr. Rudolf Breitscheid. —
Preis 10 Pfg.

Barth Bilder 18×27 Preis 0,50 Mk. 26×39 Preis 1,— Mk.

Barth-Postkarten Stück 0,10 Mk., 100 Stück 6,— Mk.

Die Preise verstehen sich exklusive Porto.

.....

Angestellten- und Beamtenfragen sind in den letzten Jahren immer mehr in den Mittelpunkt der politischen Diskussion getreten. Und das ist kein Wunder, denn die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten hat sich dank der wirtschaftlichen Entwicklung außerordentlich stark vermehrt und auf der anderen Seite haben sich Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte neuerdings fester zusammengeschlossen und ihre Wünsche an die Gesetzgebung mit größerem Nachdruck angemeldet.

Dazu kommt, daß die Parteien aller Schattierungen sich für diese Bevölkerungsschichten lebhaft interessieren, weil diese Millionen zum Unterschied von den Arbeitern noch nicht in ihrer großen Masse auf eine bestimmte politische Richtung festgelegt sind, und ihre Wahlzettel daher noch für alle Parteien in Betracht kommen können.

Zahlreiche Anträge sind im Reichstage und in den Parlamenten der Bundesstaaten gestellt. In Wort und Schrift ist Angestellten und Beamten von Politikern aller Färbungen mancherlei versprochen worden, einiges ist sogar schon erfüllt.

Da ist es nun nicht ganz leicht für eine junge Partei, wie die **Demokratische Vereinigung**, in die Konkurrenz mit den alten einzutreten. Viel mehr **versprechen** kann sie auch nicht als diese, und da sie bisher im Reichstage noch keine Vertretung besitzt, ist sie auch nicht in der Lage, auf Taten hinzuweisen.

Aber eins hat sie vor den andern voraus, sie glaubt sagen zu dürfen,

daß ihre Angestellten-Politik nicht ein künstlich aufgepfropftes Reis ist,

sondern daß sie sich mit Naturnotwendigkeit aus den Grundsätzen der Demokratie ergibt.

Und noch etwas: Die Demokratische Vereinigung sieht in Beamten und Angestellten nicht nur **Objekte der Sozialpolitik**, sie erblickt in ihnen auch die **Staatsbürger**, für die es **Rechte** zu erobern und zu erhalten gilt, und die ein Interesse daran haben, daß mit der Privilegienwirtschaft auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens gebrochen wird.

Alle demokratische Politik geht ja aus von dem Grundgedanken des

Rechtes und der Freiheit der einzelnen Persönlichkeit,

und auch die Sozialpolitik ist ihr nichts anderes als ein Mittel, die Persönlichkeitsrechte derer sichern zu helfen, die nicht im Besitze der Produktionsmittel, des Kapitals sich befinden. Sozialpolitik ist **keine Wohltat**, die dem Arbeitnehmer erwiesen wird, sondern es ist ein **Recht**, auf das er einen begründeten Anspruch besitzt. Sozialpolitik treibt man auch nicht um einer einzelnen Klasse willen, sondern weil das Wohl der Gesamtheit es erheischt.

Von diesem Grundgedanken ausgehend führen wir hier in kurzen Zügen die wesentlichsten Forderungen auf, die wir an die Gesetzgebung stellen.

Zunächst, was die

Angestellten

angeht:

Wir verlangen ein einheitliches **Arbeitsvertragsrecht** auf der Basis des günstigsten Sonderrechtes. Ausdehnung der fortschrittlichen Paragraphen der Gewerbeordnung auf die Sondergesetze des Reiches und der Bundesstaaten.

Wir verlangen Ausdehnung der **Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung** auf alle Angestellte unter angemessener Erhöhung der Leistungen der Versicherung. Wir fordern die Selbstverwaltung durch die Versicherten.

Leider hat die neue Reform unserer Versicherungsgesetze, für die Konservative, Zentrum und Nationalliberale verantwortlich sind, diesen Wünschen auch nicht entfernt Rechnung getragen. Leider entspricht auch das angekündigte Sondergesetz für die Pensionsversicherung der Angestellten diesen Forderungen nicht. Von allem anderen abgesehen, ist von Selbstverwaltung bei ihm keine Rede.

Unsere weiteren Forderungen laufen hinaus auf eine **Verhinderung des Wuchers mit der Arbeitskraft**. Das bedeutet: Sicherung einer ausreichenden Nachtruhe, Sonntagsruhe, und gesetzlich garantierten Erholungsurlaub. Damit aber hängt auch zusammen die Reform des **Erfinderrechtes** in der Richtung, daß der erfindende Angestellte, und nicht wie es heute rechtens ist, der Besitzer der Betriebsmittel den Nutzen der Erfindung davonträgt.

Weiter ergibt sich aus unserem Programm die Forderung von **Mindestkündigungsfristen**, Fortzahlung

des Gehalts in Krankheitsfällen, Ausschluß der Pfändung des zum Lebensunterhalt notwendigen Arbeitseinkommens.

Und dann noch eine Forderung, die ganz klar ihren demokratischen Ursprung erkennen läßt! Die Beseitigung der **Konkurrenzklausele**. Wenn Angestellte unter Ausbeutung ihrer wirtschaftlichen Notlage, womöglich unter Abnahme des Ehrenwortes verpflichtet werden, innerhalb bestimmter Zeit nicht in Konkurrenz-Betriebe einzutreten, so bedeutet das, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, eine Einschränkung eines der wesentlichsten Menschenrechte, des Rechtes auf Freizügigkeit.

Nicht minder gilt es, jenes andere Recht zu schützen, das ebenfalls besonders in den Groß-Betrieben dem Angestellten häufig verkümmert wird: das

Koalitionsrecht,

das Recht, sich den Verbänden anzuschließen, die dem Angestellten am besten seine Interessen wahrzunehmen scheinen.

Wir verlangen die Sicherung der Koalitionsfreiheit durch die Gewerbeordnung, wir fordern das gesetzliche Verbot der schwarzen Listen u. s. w.

* * *

Vieles von dem, was hier für die Privatbeamten gefordert ist, läßt sich ohne weiteres auf die Verhältnisse der

öffentlichen Beamten

übertragen. Nur kommt für diese noch besonders hinzu, daß ihr Anspruch auf ein **Beamtenrecht** erfüllt werden muß, daß vor allen Dingen die zum Teil noch vorhandenen mittelalterlichen Disziplinarbestimmungen beseitigt werden.

Beamte und Angestellte finden sich dann auch wieder zusammen in dem gemeinsamen Interesse an der Wahrung ihrer

Staatsbürgerrechte.

Sie alle sollen sich politisch und wirtschaftlich organisieren und betätigen können, wie es ihnen ihre Ueberzeugung vorschreibt. Der Privatbetrieb so gut wie Staat und Gemeinde haben nur ein Recht an die **Arbeitskraft** des Beamten, nicht aber an seine politische oder religiöse Gesinnung. Mehr als andere politische Richtungen ist die

Demokratische Vereinigung

auf die Sicherung der Staatsbürgerrechte jedes einzelnen bedacht.

Damit sind wir zu den

allgemeinen politischen Fragen

gelangt, die die Angestellten und Beamten als Bürger berühren, und wir sind überzeugt, daß gerade in diesen Punkten keine Partei diesen Bevölkerungsschichten bessere Bürgschaften leisten kann, als ihnen die Demokratische Vereinigung gewährt.

Nur die wichtigsten Tatsachen seien herausgegriffen:

Die Demokratische Vereinigung tritt ein für das

allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Reich Staat und Gemeinde.

Sie verlangt eine Neueinteilung der Wahlkreise nach Maßgabe der Bevölkerungsziffern.

Hat ein Beamter oder Angestellter etwa ein Interesse an dem preussischen Wahlssystem, das Konservative und Zentrum in schönem Verein zu erhalten bestrebt sind?

Hat er einen Nutzen davon, daß der Bewohner agrarischer Bezirke ein vier-, fünf-, ja zehnfach stärkeres Stimmrecht besitzt als er?

Auch für ihn muß die Parole lauten:

Demokratische Reformen!

Demokratische Reformen, auch in der Kommune, um der Interessenpolitik von Hausagrariern und Terrain-Spekulanten den Boden zu entziehen.

Ein weiterer demokratischer Programmpunkt ist die

Reform unseres Schulwesens.

Lehrmittelfreiheit, Deffnung der höheren Schulen für alle Befähigten und nur für die Befähigten, Ausdehnung des Fortbildungsschulwesens und stärkere Betonung der Tatsache, daß die Schule das Kind für den Kampf ums Dasein rüsten soll.

Auch das geht die Bevölkerungsschichten, von denen wir hier sprechen, in erster Linie an.

Was sie aber materiell fast noch mehr berührt als die Fragen der Sozial-Politik, das ist unsere

Wirtschafts-Politik.

Die Demokratische Vereinigung fordert Freihandel statt Schutzzoll.

Muß diese Forderung in einer Zeit fast unerschwinglicher Lebensmittel-Preise noch besonders begründet werden?

Der mit festem Gehalt angestellte Beamte sieht, daß hundert Mark heute nicht mehr das sind, was sie noch vor einem Jahr gewesen sein mögen. Es ist nicht leicht, neue Gehaltserhöhungen durchzusetzen, denn die Masse des Volkes, die die Steuerlasten zu tragen hat, murt, daß sie selbst unter der Wirtschafts-Politik leidet.

Wir sperren unsere Grenzen mit Schutzzollmauern ab. Wem kommen sie zu Gute? Dem Großagrariertum und der schweren Industrie. Das Großagrariertum sieht seine Renten wachsen, zumal es für jeden Doppelzentner Roggen, den es ins Ausland verkauft, noch fünf Mark aus der Staatskasse als Geschenk erhält, und für jeden Doppelzentner Weizen fünf Mark fünfzig Pfennige.

Die schwere Industrie schließt sich zu Kartellen zusammen und diktiert den Abnehmern die Preise. Sie verkauft ihr Rohmaterial billiger ans Ausland als an den heimischen Verarbeiter, und darunter leiden alle die Angestellten in den Industrien, denen so die Konkurrenz erschwert wird, ohne daß die Angestellten der schweren Industrie einen Vorteil davon hätten.

Also: **Öffnung der Grenzen**, fort mit der Zoll- und Steuerpolitik des Zentrums, der Konservativen und eines großen Teiles der Liberalen, die die Kapitalsrente schützt und die Arbeit belastet! Her mit einer Politik, die **der großen Masse des Volkes** dient!

Und wenn man fragt, wie die Ausfälle in der Staatskasse zu decken seien, so antworten wir Demokraten: durch **erhöhte Sparsamkeit**, durch **Einführung direkter Reichssteuern auf Erbschaften, Vermögen und Einkommen**.

Wer seinen Geldbeutel als Ratgeber nimmt und die Lasten berechnet, die der Zolltarif und die Steuerreform des schwarz-blauen Blocks ihm auferlegt haben, der kann nicht anders, als das wirtschaftspolitische Programm der Demokratischen Vereinigung unterstützen.

Angestellte und Beamte!

Wir haben hier in kurzen Zügen unsere politischen Forderungen entwickelt. Nicht zum wenigsten an Euch und Eurer Mitarbeit liegt es, daß sie in Erfüllung gehen.

Stellt Euch mit in den politischen Kampf.

Laßt Euch nicht beirren durch die, die sagen, daß es sich bei den Wahlen um Fragen des Christentums oder des Heidentums handle!

Traut auch denen nicht über den Weg, die immer die nationale Phrase im Munde führen und Euch mit einer sogenannten nationalen Parole von den Euch am nächsten liegenden Dingen ablenken wollen!

National ist, wer dem Volke in seiner Gesamtheit dient.

Dem Volke dient, wer in erster Linie für jene breiten Massen arbeitet, die, weil sie vom Kapital getrennt sind, den schwersten Kampf um den Platz an der Sonne zu führen haben.

Eine nationale Politik treibt Ihr, wenn Ihr mit der Demokratischen Vereinigung eintretet:

Für gleiches Recht und billige Nahrung!

Für Friede und Fortschritt!

Die Demokratische Vereinigung

bezweckt

die Demokratisierung von
Reich, Staat u. Gemeinde

Mitglieder können alle Männer und Frauen sein,
die sich zu den Grundsätzen der Demokratischen
Vereinigung bekennen.

Die Höhe des Mitgliederbeitrages wird der Selbsteinschätzung der
Mitglieder überlassen; jedoch ist der Mindestbeitrag 3 M. jährlich

Alle weiteren Auskünfte erteilt und Mitgliedsanmeldungen
nimmt entgegen:

Das Zentralbureau der
Demokratischen Vereinigung
Schöneberg-Berlin, Kolonnenstraße 54¹
Fernsprecher: Amt VI Nr. 6466.

„Das freie Volk“

Demokratisches Wochenblatt

Herausgegeben von Dr. Rudolf Breitscheid.

Unterrichtet über alle Fragen von politischer Bedeutung. Legt an die politischen Ereignisse den Maßstab der Demokratie an. Informiert speziell über die Arbeit der

Demokratischen Vereinigung.

Führt einen scharfen Kampf gegen die Reaktion auf allen Gebieten.

„Das freie Volk“

verfügt über eine große Reihe von Mitarbeitern auch im Auslande. Es vermittelt so die Kenntnis fremder Zustände, die es ebenfalls mit der demokratischen Fackel beleuchtet.

„Das freie Volk“

nimmt Stellung zu allen Kulturfragen. Theater, Kunst und Literatur zieht es in den Kreis seiner Betrachtungen

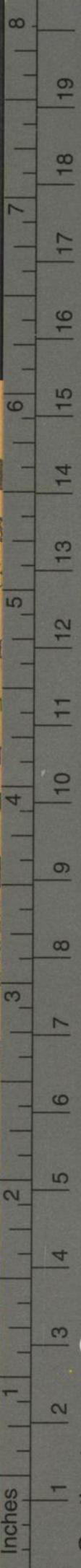
„Das freie Volk“

ist mit einem Wort ein populär geschriebenes und doch auf einem hohen geistigen Niveau stehendes Wochenblatt.

„Das freie Volk“

kostet vierteljährlich M. 1.— (exklusive Bestellgeld). Man abonniert bei dem Bestellpostamt (Postzeitungsliste 1910, Nachtrag I).

kostet vierteljährlich
 abonniert bei
 ist mit einem
 auf einem hoch
 nimmt Stellung
 und Literatur
 verfügt über ein
 Auslande. G
 stände, die es
 führt einen sch
 Demo
 Demokratie an
 Legt an die
 Unterrichtet ü
 Herausgegeben



© The Tiffen Company, 2007

TIFFEN® Color Control Patches

| Color | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 |
|-------|------|------|-------|--------|-----|---------|-------|---------|-------|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| Blue | Blue | Cyan | Green | Yellow | Red | Magenta | White | 3/Color | Black | | | | | | | | | | | |

Man
 1910,
 doch
 blatt.
 Kunst
 gen
 h im
 Zu-
 fackel
 allen
 t der
 der
 tung.
 eid.